
MigrantInnen machen mit

Ein Workshop ... der Bewegung bringt



Referat für interkulturelle Angelegenheiten

Agenda 21-Büro

Birgit Böhm, mensch & region, Hannover

Konzeptionelle Begleitung und Durchführung



Ein Beitrag zur lokalen Agenda 21

MigrantInnen machen mit

**Ein Workshop
... der Bewegung bringt**

Workshop vom 26.10.2001



Inhalt

Einleitung	7
Lokale Agenda 21 in Hannover	
<i>Silvia Hesse</i>	9
Chancen für interkulturellen Reichtum	
<i>Albrecht Hoffmann</i>	13
Die Werkstatt	19
Diskussion und Empfehlungen im Plenum	23
Fazit	25
Abschlussblitzlicht und Ausblick	25
ANHANG	
Arbeitsgruppe Platzgestaltung	27
Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“	28
Arbeitsgruppe „lokale Agenda 21“	29

Einleitung

Deutschland ist ein Einwanderungsland in dem viele MigrantInnen¹ bereits seit mehreren Generationen leben. Doch obwohl sie ein fester und wichtiger Bestandteil der hiesigen Gesellschaft sind, wissen PlanerInnen, VertreterInnen der Politik und Verwaltung und andere BürgerInnen oft recht wenig über die Themen, die MigrantInnen bewegen. Ebenso ist ihnen oft nicht bewusst, aus welchem Blickwinkel die MigrantInnen entsprechende Fragestellungen betrachten oder was für sie aktuell Herausforderungen oder Probleme sind. Dies mag u.a. daran liegen, dass es für MigrantInnen nur wenige Möglichkeiten gibt, sich politisch zu artikulieren und wirklich Einfluss auf eben das politische Geschehen, aber auch die Vorhaben in ihrem Umfeld zu nehmen. Ohne ihre eigene Nationalität zugunsten der deutschen Staatsbürgerschaft aufzugeben, verfügen sie - mit Ausnahme von EU-BürgerInnen - vor Ort nicht über ein Wahlrecht und können Lokalpolitik nur über Ausländerbeiräte mitgestalten. Diese werden im alltäglichen Geschehen jedoch

kaum wahrgenommen. Doch auch die Eingebürgerten werden weiterhin als MigrantInnen wahrgenommen und als „Fremde“ und „Ausländer“ behandelt. Ebenfalls ändert sich durch die Einbürgerung nicht zwangsläufig auch die Selbstwahrnehmung als MigrantIn.

Seit der Konferenz von Rio de Janeiro 1992 besteht mit der Verabschiedung der Agenda 21 für MigrantInnen die Chance, ihre Situation vor Ort auch ohne einen deutschen Pass zu verbessern, bzw. ihren Blick auf das politische und lokale Geschehen zu richten und gemeinsam mit anderen Menschen Ideen und Maßnahmen für eine nachhaltige Zukunft zu entwickeln. Gleichzeitig bedeutet ein solcher Entwicklungsprozess auch für BürgerInnen mit deutschem Pass die Chance, noch mehr über die kulturelle Vielfalt ihrer Gesellschaft zu erfahren, oder sogar den Reichtum, den die Vielfalt anderer Lebenswelten in die hiesige Kultur gebracht hat, schätzen zu lernen und auf diese Weise ihre eigene Lebenswelt da-

¹ Um die männliche und weibliche Form gleichberechtigt darzustellen und auf diese Weise auch den Aspekt der Gleichstellung von Frauen darzustellen, haben wir uns für die kompliziertere Variante der Darstellung der männlichen und weiblichen Schreibweise der Wörter entschieden. Die grammatikalisch falsche Schreibweise des großen „I“ haben wir benutzt, um die umständliche Form „Migranten/-innen“ zu vereinfachen. Dafür bitten wir um Ihr Verständnis.

durch zu bereichern. So kann eine Atmosphäre der Toleranz und der gegenseitigen Wertschätzung entstehen. Deshalb ist es uns ein Anliegen, ergänzend zu den mittlerweile zahlreichen Agenda-21-Projekten und Initiativen, die sich auf die Kooperation mit MigrantInnen, v.a. auf die sogenannten Entwicklungsländer konzentrieren, mit Hilfe der MigrantInnen selbst, die in Hannover leben, erste Empfehlungen für Politik, Verwaltung und PlanerInnen, aber auch die MigrantInnenvereine und -verbände zu erarbeiten und so bestehende Erfahrungen und Erkenntnisse zu ergänzen. Diese Empfehlungen sollen Hinweise geben, wie MigrantInnen einzubeziehen sind.

Stimmen

„ICH MÖCHTE ETWAS TUN!“

„ICH MÖCHTE HIER GUT LEBEN UND MICH DAFÜR ENGAGIEREN.“

„DIE ARBEIT DER MIGRANTINNEN TRÄGT JEDOCH SEHR ZUR STADTENTWICKLUNG BEI. DESHALB MÖCHTE ICH HEUTE MITARBEITEN.“

„MIT IST DIE INTERKULTURELLE ARBEIT MIT DEUTSCHEN KINDERN UND FLÜCHTLINGEN WICHTIG. ICH MÖCHTE AN EINER VERBESSERUNG DER ZUSAMMENARBEIT VON MIGRANTINNEN UND DEUTSCHEN MITWIRKEN.“

Der Workshop „MigrantInnen machen mit“ sollte dies ermöglichen. Er wurde auf der Grundlage vorangegangener Workshops und der Erfahrungen von EinwanderInnen Hannovers konzipiert. Dabei ist es das Ziel, mit MigrantInnen und MultiplikatorInnen der Migrationsarbeit gemeinsam Wege zu finden, wie sich MigrantInnen an der Diskussion und an der aktiven Zukunfts- und Lebensgestaltung Hannovers beteiligen können. Wir wollten herausfinden, welche Hilfen sie benötigen

und welche Informationen auf beiden Seiten fehlen. Und wir wollten erfahren, wie EinwanderInnen die bestehenden Probleme lösen wollen.

Dazu haben wir mit den MigrantInnen, die an dem Workshop teilgenommen haben, verschiedene Möglichkeiten diskutiert und haben Handlungsempfehlungen zusam-

mengestellt. Das Ergebnis dieser Arbeit sind erste Empfehlungen, die sich sowohl an PlanerInnen und MultiplikatorInnen als auch an VertreterInnen aus Politik und Verwaltung sowie die MigrantInnen richten. Die hier vorliegende Broschüre enthält praktische Hinweise, wie die Fähigkeiten, Potenziale und Wünsche von MigrantInnen besser in das kommunale Geschehen integriert werden können und wie ein solcher Prozess erfolgreich entwickelt werden kann.

Mit welchen Erwartungen nahmen die MigrantInnen am Workshop teil?

Zu Beginn des Workshops wurden die MigrantInnen nach ihren Erwartungen an den Workshop gefragt. Die Interessen waren erwartungsgemäß vielfältig.

Zahlreiche MigrantInnen waren gekommen, um sich über Möglichkeiten zu informieren, wie Probleme im Lebensumfeld der MigrantInnen gelöst werden könnten.

Weitere TeilnehmerInnen kamen als MultiplikatorInnen für die Arbeit mit MigrantInnen. Ihnen ging es vor allem darum, ihre Erfahrungen mit Kulturinitiativen und Bürgerbeteiligung in Sanierungsgebieten oder auch aus dem Arbeitsbereich der Sozialarbeit oder der Flüchtlingsarbeit einzubringen. Denn auch dort sind und waren MigrantInnen nicht einbezogen, bzw. die Wünsche und Fragen der MigrantInnen nicht immer bekannt.

Das weitere Interesse reichte von den Fragen, welche Möglichkeiten die lokale Agenda 21 in Hannover in Bezug auf die Beteiligung von MigrantInnen bietet, über die Hoffnung auf besondere Beteiligungsmöglichkeiten von Frauen, wissenschaftlich relevanten Hinweisen für die Arbeit mit MigrantInnen bis hin zur Erwartung, Lösungen für eine politische Beteiligung von MigrantInnen zu erarbeiten.



Arzu Altug
Referat für interkulturelle Angelegenheiten
Stadt Hannover



Birgit Böhm
mensch & region
Hannover



Silvia Hesse
Agenda-Büro der Stadt Hannover

Lokale Agenda 21 in Hannover

Silvia Hesse

Agenda-21-Büro der Landeshauptstadt Hannover

Was heißt eigentlich Agenda 21?

Direkt wird es übersetzt mit den Worten „Was zu tun ist“, die 21 steht für das 21. Jahrhundert. Die Agenda 21 ist ein Aktionsplan für das 21. Jahrhundert, der vorsieht, eine nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung umzusetzen. Die Worte „nachhaltig“ oder „zukunftsfähig“ wurden mit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro weltweit bekannt. Die Brundtland-Kommission (eine UN-Kommission deren Vorsitz die norwegische Premierministerin Gro Harlem Brundtland war) lieferte 1987 mit ihrem Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ die Definition für nachhaltige Entwicklung, die hier zusammengefasst wiedergegeben wird: „Alle gesellschaftlichen Gruppen, alle Menschen vor Ort, aber auch weltweit, sollen gemeinsam die Zukunft so gestalten, dass auch die folgenden und jetzt lebende Generationen ihre Bedürfnisse befriedigen können“.

Dementsprechend forderten rd. 180 Staaten, die 1992 in Rio die Agenda 21 unterzeichneten, in der Präambel der Agenda 21:

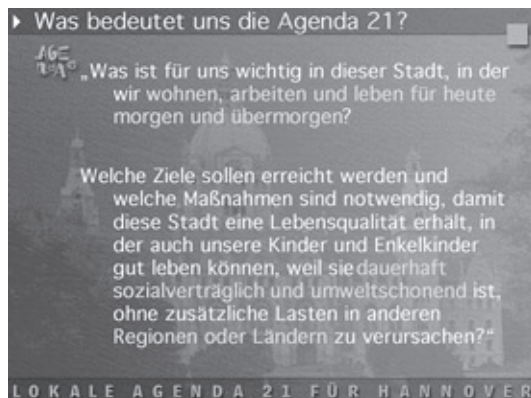
„Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Wir erleben eine zunehmende Ungleichheit zwischen Völkern und innerhalb von Völkern, eine immer größere Armut, immer mehr Hunger, Krankheit und Analphabetentum sowie eine fortschreitende Schädigung der Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt. Durch eine Vereinigung von Umwelt- und Entwicklungsinteressen und ihre stärkere Beachtung kann es uns jedoch gelingen, die Deckung der Grundbedürfnisse, die Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen, einen größeren Schutz und eine bessere Bewirtschaftung der Ökosysteme und eine gesicherte, gedeihlichere Zukunft zu gewährleisten. Das vermag keine Nation allein zu erreichen, während es uns gemeinsam gelingen kann: in einer globalen Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist.“

Ein Teil der Agenda 21 befasst sich mit der Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen (Kapitel 23). Hier betont die



Agenda 21, dass, „...ein wesentlicher Faktor für die wirksame Umsetzung der Ziele, Maßnahmen und Mechanismen, die von den Regierungen in allen Programmbereichen der Agenda 21 gemeinsam beschlossen worden sind, ist das Engagement und die echte Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen. Eine der Grundvoraussetzungen für die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung ist die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung“. Vielen Bevölkerungsgruppen wurde ein eigenes Kapitel gewidmet, so z.B. den Frauen, Kindern und Jugendlichen, der indigenen Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft, den Gewerkschaften oder der Landwirtschaft.

Hannover beteiligt sich an diesem weltweiten Prozess seit 1995 durch die Erarbeitung und Umsetzung der kommunalen Agenda 21 Hannover. Ich stehe ihnen mit meinem Büro eigens für die Begleitung dieses Prozesses als Ansprechpartnerin zur Verfügung.



Die Kommunale AGENDA 21 Hannover

Die kommunale Agenda 21 oder auch lokale Agenda 21, wie sie oft genannt wird, basiert auf dem Kapitel 28 der Agenda 21. Dieses Kapitel fordert alle Kommunen auf, gemeinsam mit ihren Bürgern und Bürgerinnen in einen Konsultationsprozess zur nachhaltigen Entwicklung ihrer Kommune einzutreten. Die Kommunen wurden als Ebene gewählt, weil sie den Menschen am nächsten sind. Hier wird jeden Tag durch das Handeln der Menschen das Weltgeschehen mit bestimmt. Und nur mit den Menschen vor Ort in einem gemeinsamen Gesprächs- und Entwicklungsprozess lassen sich die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen bewältigen.

Die lokale Agenda 21 in Hannover befindet sich in der Umsetzungsphase. Die Erarbeitung der Agenda 21 wird als ein kontinuierlicher und dynamischer Prozess verstanden. Durch gezielte Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, an der sich viele Gruppen und Organisationen (NGO) beteiligen, werden immer mehr Menschen für die Agenda 21 gewonnen.

Der politische Auftrag und Prozess

Im Frühjahr 1995 beschloss der Rat der Stadt Hannover, dass die Verwaltung gemeinsam mit Umwelt- und Entwicklungsinitiativen und unter breiter Beteiligung der Bevölkerung eine kommunale Agenda 21 erarbeiten soll. Mit dem Prozessmanagement wurde die Abteilung Umweltkommunikation im Amt für Umweltschutz, wo ich arbeite, beauftragt. Um deutlich zu machen, dass ämter- bzw. bereichsübergreifend nicht nur der ökologische, sondern im Sinne der Nachhaltigkeit, auch die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen berücksichtigt werden, wurde das „Agenda 21-Büro“ eingerichtet. Von hier aus wurde der Agenda-21-Prozess angestoßen und durch breite Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit begleitet und unterstützt.

Der Agenda 21-Prozess besteht aus drei Bausteinen:

- Dialog/Konsultationsprozess
- Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
- Förderung und Umsetzung von Projekten und Maßnahmen

In einer öffentlichen Auftaktveranstaltung im April 1996 legten interessierte Bürgerinnen und Bürger die Themen für die Arbeitsgruppen fest. Fast zweihundert Menschen – Privatpersonen, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen und Verbände, der städtischen Verwaltung und aus Unternehmen – beteiligten sich von September 1996 bis Dezember 1997 ehrenamtlich in den Arbeitsgruppen WOHNEN, ARBEIT, FREIZEIT und KONSUM. Im Dialog entwickelten sie Leitbilder und Handlungsziele, gaben Anregungen zu konkreten Maßnahmen und Projekten. Darüber hinaus wurden Zukunftswerkstätten und Workshops insbesondere für die Gruppen durchgeführt, die einen geringeren oder keinen Anteil an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen haben: Frauen, Migrantinnen und Migranten und Kinder und Jugendliche.

Was ist mit den Ergebnissen passiert?

Im März 1998 konnte dieser Arbeitsabschnitt und Beitrag zur Erstellung einer lokalen Agenda 21 abgeschlossen und einem interessierten Publikum von mehr als 600 Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt werden. Als „Meilenstein“ auf dem Weg zu einer Agenda 21 Hannover wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen dem Oberbürgermeister übergeben.

Um die Transparenz der nachfolgenden Diskussion sicherzustellen, wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie die Stellungnahmen der Verwaltung und der Wirtschaft u.a. in einer Synopse veröffentlicht, allen Interessierten zur Verfügung gestellt und den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt.

Der Rat der Stadt Hannover stellte Finanzmittel zur Realisierung einiger Projekte bereit. Dazu zählen z. B. der Energiepass, Iso-City oder die (H)-Eisbärkampagne, Bio-kost in der Kantine, Buslinie 21, Kinderwald, Migranten für Agenda 21, Media 21 und Ökoprofit.

Andere Projekte wurden Bestandteil des Handlungsprogramms zur Stadtentwicklung 2001-2005.

Die Zukunft des Agenda 21-Prozesses

Neben dem stadtweiten Dialog finden zahlreiche Initiativen zur Agenda 21 in unterschiedlichen Stadtteilen, in Schulen, Betrieben und verschiedenen Institutionen statt. Aktive aus Arbeitsgruppen, Workshops, Zukunftswerkstätten, aber auch Personen der interessierten Öffentlichkeit treffen sich in einem Agenda-Plenum. Hier können sie sich informieren, austauschen oder Bündnispartner finden.

Dieses Treffen findet etwa alle drei Monate statt. Die Inhalte werden von den Beteiligten eingebracht. Begleitet und unterstützt werden Aktivitäten und Projekte durch den „Arbeitskreis Kommunikation“. Ihm gehören Vertreter von Medien und Bildungseinrichtungen an.

Informationen können über die Agenda-Zeitung, Dokumentationen der Workshops und Projekte sowie über die eigene homepage www.agenda21.de eingeholt werden. Wir arbeiten als Agenda 21-Büro mit nationalen, europäischen und außereuropäischen Kommunen zusammen. Besondere Beachtung gilt dem kontinuierlichen Diskurs innerhalb von Städtenetzwerken. Zu diesen zählen auch die Partnerstädte Hannovers. Die Städtepartnerschaften haben durch den Austausch über und im Rahmen gemeinsamer Projekte zur Agenda 21 neue in die Zukunft gerichtete Inhalte und Aufgaben hinzugewonnen: Fort von der Vergangenheitsbewältigung hin zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit.

Der (H)eissbär



ZUM SCHUTZ DER ERDATMOSPHERE SOLLTEN DIE PRIVATEN GEBÄUDE IN HANNOVER SO MODERNISIERT WERDEN, DASS DER ENERGIEBEDARF DEUTLICH GESENKT UND DAMIT CO₂-EMISSIONEN VERMINDERT WERDEN.

UNTER DEM MOTTO „KLIMASCHUTZ UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG“ HABEN SOWOHL DIE AGENDA 21 „ARBEITSGRUPPE WOHNEN“ ALS AUCH DER RAT DER STADT HANNOVER ANGEREGT, DIE ENERGETISCHE MODERNISIERUNG DES GEBÄUDEBESTANDES IN HANNOVER VORANZUTREIBEN.

Buslinie 21



INFORMATION UND BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN.

EIN ARBEITSSCHWERPUNKT DES JUGENDUMWELTBÜROS, DAS DEM JUGENDAKTIONSNETZWERK UMWELT UND NATURSCHUTZ E.V. (JANUN) ANGEHÖRT, IST SEIT EINIGEN JAHREN DAS PROJEKT BUSLINIE 21.

IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM AGENDA 21-BÜRO UND DER ABTEILUNG JUGENDSCHUTZ DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER WURDE EIN EHEMALIGER INFORMATIONSBUS DER TELEKOM SO AUSGERÜSTET, DASS ER SICH ALS VEHIKEL FÜR MOBILE, AUFSUCHENDE JUGENDARBEIT EIGNET.

MigrantInnen für Agenda 21



IN DIESEM PILOTPROJEKT WERDEN BÜRGERINNEN, IN ERSTER LINIE MIGRANTINNEN, DIE NICHT DIE DEUTSCHE SPRACHE BEHERRSCHEN, ÜBER UMWELTTHEMEN UND DIE LOKALE AGENDA 21 INFORMIERT, UND ES WERDEN MÖGLICHKEITEN ZUM HANDELN AUFGEZEIGT. GEGENWÄRTIG FINDEN INFORMATIONSVORANSTALTUNGEN UND DISKUSSIONSRUNDEN FÜR TÜRKISCH UND RUSSISCH SPRECHENDE MIGRANTINNEN STATT. DURCHFÜHRT WERDEN DIE VERANSTALTUNGEN VON UMWELTBERATERN RUSSISCHER UND TÜRKISCHER HERKUNFT, DIE EXTRA FÜR DIESES PROJEKT AUSGEBILDET WURDEN UND FÜR DIE LANGFRISTIG NEUE ARBEITSPLÄTZE GESCHAFFEN WERDEN SOLLTEN. EIN WEITERES ZIEL DES GEMEINSCHAFTSPROJEKTES VOM WERKSTATT-TREFF MECKLENHEIDE E.V. UND DEM AGENDA 21-BÜRO IST ES, NOCH VIELE KONTAKTE HERZUSTELLEN UND DAS „HINDERNIS SPRACHE“ ZU ÜBERWINDEN. DENN AUCH EIN FUNKTIONIERENDES SOZIALES MITEINANDER IST EIN ANLIEGEN DER AGENDA 21.

Chancen für interkulturellen Reichtum



Albrecht Hoffmann

Agenda-Transfer, Agentur für Nachhaltigkeit GmbH, Bonn

Ich erzähle Ihnen sicherlich nichts Neues, wenn ich feststelle, Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das bestätigen auch die Fakten. Und das seit Jahren. Dennoch: Viele MigrantInnen leben hier bereits in der zweiten oder dritten Generation und haben trotzdem in der Regel nicht das Recht, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, ohne ihre eigene nationale Identität aufzugeben. Ein Di-

lemma also, bei dem die einzige offizielle Möglichkeit, Lokalpolitik mitzugestalten, die beratende Stimme des Ausländerbeirates bleibt. Und die reicht häufig nicht sehr weit.

Unter diesen Bedingungen könnte die 1992 in Rio de Janeiro von 178 Staatsschefs beschlossene Agenda 21 für MigrantInnen eine Chance bedeuten, auch ohne deutschen Pass ihre Situation vor Ort zu verbessern. Denn immerhin sind die Kommunen aufgerufen, gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern ein kommunales Handlungsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung auf die Füße zu stellen, so wie uns das Silvia Hesse gerade eben am Beispiel Hannover dargelegt hat. Augenfällig ist allerdings, dass die Situation von MigrantInnen in vielen lokalen Agenda-21-Prozessen kaum thematisiert wird. Mehr noch: Zwar engagieren sich viele Gruppen und Initiativen für Länder des Südens, für die sogenannten Entwicklungsländer, und sind in Agenda-Prozessen vertreten, doch diejenigen aber, die aus diesen Ländern kommen – MigrantInnen und Flüchtlinge – sind dort wenig vertreten.

Aus diesem Grund fällt es mir schwer, Ihnen heute lokale Agenda-21 Projekte vorzustellen, die Menschen aus unterschiedlichen Ländern reale Chancen für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und ihres Lebensumfeldes eröffnet haben. Dennoch bin ich nicht mit leeren Händen gekommen: Fünf Projekte möchte ich Ihnen gerne präsentieren, die meiner Meinung nach gute Beispiele für ein sinnvolles und zukunftsweisendes Miteinander sind – auch wenn sie nicht alle als Agenda-Projekte firmieren. Ein Miteinander, bei dem Gemeinden, Stadtteile und Städte nur gewinnen können, nämlich:

- engagierte BürgerInnen,
- eine kulturelle Vielfalt und
- ein sich aus den Alltagssituationen heraus entwickelndes Voneinander-Lernen.

Wie das konkret aussieht, dazu das erste Beispiel:

Multikulturelle Fortbildung in Bonn

„Der schaut mich nicht mal an!“, hat sich wohl manche Lehrerin geärgert, wenn ein muslimischer Junge ihre Erklärungen mit abgewandtem Gesicht registrierte. „Häufig sind es Missverständnisse und Unkenntnis. Sie sind Ursache von Vorurteilen und erneutem Unverständnis“, erklärt Dr. Mohammad Heidari, Kölner Islamwissenschaftler, dazu. Heidari arbeitet als Trainer in der interkulturellen Fortbildungsreihe „Migrationsarbeit und Islam als Sozialisationsfaktor“ mit LehrerInnen, SozialpädagogInnen oder Verwaltungsangestellten aus Bonn und Umgebung.

Die Erklärung: Muslimische Jungen sollten einer verheirateten Frau nicht ins Gesicht sehen, wenn sie von ihren Eltern nicht als respektlos gerügt werden wollen. Und das ist nur eine von vielen Erfahrungen, die TeilnehmerInnen der fünftägigen Fortbildungsreihe des Referat für Multikulturelles der Stadt Bonn machten. In Rollenspielen lernen sie Lösungen für ihre Arbeit zu entwickeln, wenn die Kommunikation mit MigrantInnen im Einwohnermeldeamt, Kindergarten oder Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle nicht klappt. Realitätsnähe ist die Voraussetzung dafür, dass die Erkenntnisse auch umgesetzt werden. „Viele Alltagserfahrungen aus der Arbeit mit MigrantInnen müssen vorkommen“, sagt Walid Hafezi, Mitinitiator der Fortbildungsreihe. Das ist in Bonn nicht schwer, denn knapp 42.000 Menschen aus 169 Nationen leben und arbeiten dort. Das sind etwa 13 Prozent der EinwohnerInnen.

Aus der ersten Fortbildungsreihe entstand vor fünf Jahren die Ausbildungsoffensive „Go4Jobs“, die getragen wird von der Industrie- und Handelskammer, von dem Arbeitsamt Bonn/Rhein-Sieg, der Stadtverwaltung und von Unternehmen aus der Region. Sie wollen nicht länger hinnehmen, dass jeder dritte Arbeitslose nicht-deutscher Herkunft ist und jeder fünfte von ihnen ohne Ausbildung. „Es gibt einen offensichtlichen Zusammenhang zwischen sozialer Ausgrenzung und Ausbildungsniveau“, erklärt Gert Schlender vom Arbeitsamt Bonn/Rhein-Sieg. Die Initiative „Go4Jobs“ hat sich seit ihrer Gründung erfolgreich entwickelt: MigrantInnen zwischen 22 und 30

Jahren, die in Handwerksbetrieben, Kreissparkassen oder in der Stadtverwaltung arbeiten, geben ihre Erfahrungen aus ihrem Berufsleben an andere Bonner MigrantInnen weiter. So zum Beispiel Manual Garcia. Er ist Vorsitzender von Go4Jobs e.V. und arbeitet als Groß- und Außenhandelskaufmann in einem Hobbymarkt. Er besucht Abschlussklassen der Bonner Haupt- und Realschulen, denn dort sind die AusländerInnen besonders stark vertreten. Ihnen erzählt er über seinen beruflichen Alltag, über Bewerbungsfristen, Ausbildungsmöglichkeiten und kulturspezifische Probleme am Arbeitsplatz. „Die SchülerInnen können unseren Rat gut annehmen, denn wir liegen altersmäßig nicht weit auseinander und haben selbst einen zweisprachigen Hintergrund“, erklärt der 26-jährige den Erfolg der Schulveranstaltungen (s.a. unter <http://www.zukunftsbruecke.nrw.de/wettbewerb/go4jobs.html>).

Einen ganz anderen Zugang, MigrantInnen anzusprechen und mit ihnen zusammen zu arbeiten, bietet das folgende Projekt „Internationale Gärten“ aus Göttingen.

Wenn Menschen und Pflanzen Wurzeln schlagen

Immer nur Tee trinken und Tischschmuck basteln, das war einer Gruppe von bosnischen Frauen im niedersächsischen Göttingen auf Dauer zu wenig. Sie wollten raus aus den städtischen und kirchlichen Sozialeinrichtungen und auf einer eigenen Parzelle selber etwas säen, pflanzen und ernten. Das war 1995. Zehn weitere Familien aus Äthiopien, Irak, Iran und Afghanistan schlossen sich damals den bosnischen Frauen an, denn sie fühlten ähnlich: „Zu Hause hatten wir Gärten und die vermissten wir am meisten.“

Heute hat der Verein „Internationale Gärten“ mit 43 Mitgliedern aus 14 Nationen aus vier Grundstücken blühende und Früchte tragende Oasen gemacht. Unterstützung erhält er von Freunden, Familienmitgliedern und Nachbarn. Manchmal arbeiten bis zu 200 Menschen in den vier Gärten. „Wir haben Abfallhalden in Blumengärten verwandelt“, sagt der äthiopische Agraringenieur und Vereinsvorsitzende Tassew Shimeles. Mit von der Partie sind natürlich auch deutsche Nachbarn und SchülerInnen einer benachbarten Schule. Sie ziehen Blumen und Gemüse auf einer eigenen Parzelle in den internationalen Gärten.

Die Notwendigkeit, deutsch zu lernen, ergab sich aus dem Alltag der GärtnerInnen. Auf deutsch wird darüber diskutiert, wenn persisches Saatgut im schweren niedersächsischen Boden nicht keimen will, wie die tschechische Zeichnerin am Besten eine Ausstellung konzipiert, ob der libanesische Schreiner das Gartentor nun passgenau gearbeitet hat und wann die SchülerInnen die Pflanzenkeimlinge rechtzeitig in ihr Beet einsetzen sollten. „Wir hatten früher das Gefühl, viele Deutsche halten uns für Faulenzer, die sich auf Staatskosten einen lauen Lenz machen wollen.“ Doch dieser Eindruck ist schon lange verflogen.

Das Miteinander braucht viel Einfühlungsvermögen und ein besonderes Geschick im Umgang mit fremden Mentalitäten: „Man muss viel Geduld haben wie die Erde, um allen Erwartungen und Haltungen gerecht zu werden“, bestätigt Tassew Shimeles.

Finanzielle Unterstützung bekommen die Internationalen Gärten von der Wuppertaler Ertomis Stiftung, der Stadt Göttingen und der Landeskirche Hannover. Weitere Projektmittel fließen durch den Erlös der Sonderbriefmarke des Bundesumweltministeriums „Der Boden lebt“. Damit wollen die GärtnerInnen unter anderem weitere Deutsch- und Alphabetisierungskurse anbieten und eine Broschüre „Die grüne Sprache der Völker“ gestalten.

Anfragen aus 40 Städten aus dem gesamten Bundesgebiet liegen inzwischen dem Verein vor. „Es sprengt unsere Kapazitäten, all diese Anfragen zu bearbeiten“, sagt Shimeles, „aber wir planen ein bundesweites Netzwerk, damit sich Interessenten schon in naher Zukunft untereinander austauschen können.“ (s.a. unter <http://www.internationalegaerten.de>)

Ein viel kleineres Projekt aus Bayern verdeutlicht, dass lokale Agenda-21-Prozesse dienlich sein können, Barrieren zwischen MigrantInnen und Deutschen zu überwinden. Es geht im folgenden um die lokale Agenda 21, vor allem aber um Integration:

Gemeinsam organisieren, miteinander integrieren

In der bayrischen Gemeinde Burghausen leben 11.000 Menschen aus 46 Nationen, darunter allein 1.000 SpätaussiedlerInnen. Bei so vielen unterschiedlichen Sprachen und Traditionen entstehen auf allen Seiten leicht Berührungspunkte. Um diese Barrieren zu überwinden, wurde 1998 im Rahmen der lokalen Agenda 21 der Arbeitskreis „Bürgerintegration“ gegründet. In ihm engagieren sich 30 Mitglieder, Deutsche und MigrantInnen. „Wir setzen uns für die berufliche und soziale Eingliederung der neuen Mitbürger ein und für den kulturellen Austausch zwischen Deutschen und Ausländern“, sagt Rudolf Zeiler, Sprecher des Arbeitskreises. Mit Eingliederung meint er nicht die völlige Angleichung an deutsche Kultur und Lebensweisen, das Ziel sei vielmehr ein Miteinander der Kulturen.

Für die Teilnahme am öffentlichen Leben und für gute berufliche Perspektiven sind Deutschkenntnisse notwendig, deshalb organisiert der Arbeitskreis Sprachkurse. Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Vermittlung von Lehrstellen. Dabei unterstützen ihn Arbeitsamt und Gewerbeverband, PolitikerInnen, ein Unternehmen sowie Kirchen und Schulen. Konkret bietet der Arbeitskreis Veranstaltungen für Jugendliche an, bei denen sie nicht nur Informationen über Ausbildungsberufe erhalten, sondern sich auch in Rollenspielen auf Bewerbungsgespräche vorbereiten. Außerdem können sie sich individuell von „Partnern“ bei der Lehrstellensuche beraten und begleiten las-

sen. Mit Hilfe der verschiedenen Angebote haben schon eine ganze Reihe von Jugendlichen einen Ausbildungsplatz gefunden.

Um die Begegnung der Kulturen und Religionen zu fördern, gründete der Agenda-Arbeitskreis im Juli 2000 eine Gesprächsrunde von Christen und Muslimen. Schon seit längerer Zeit finden unter dem Motto „Miteinander essen und leben“ Treffen statt, bei denen Menschen aus den verschiedensten Nationen an einem (Ess-)Tisch zusammenkommen. Türkische, kasachische, italienische und andere Spezialitäten schaffen den kulinarischen Rahmen für die Entdeckung der jeweiligen Traditionen, Sitten und Gebräuche, für Begegnung und Austausch (s.a. unter <http://www.bayern.de/ifu/komma21/nachhalt/nachhalt26.htm>).

Ein für mich wichtiger Anknüpfungspunkt für das Miteinander sind Kinder und Jugendliche. Ihr Alltag in Schule und Freizeit ist viel stärker von Begegnungen mit verschiedenen Kulturen, Religionen und Nationalitäten durchzogen als zum Beispiel der vieler Berufe. Deutsch lernen ist daher für MigrantInnen wichtig, um sich miteinander und mit Deutschen austauschen zu können. Aus diesem Grund möchte ich Ihnen ein Projekt aus Gelsenkirchen-Bismarck und Schalke-Nord vorstellen, denn für mich fängt das Miteinander bei der Möglichkeit an, sich miteinander zu verständigen:

Nicht über-, sondern miteinander reden

Bei einem MigrantInnenanteil von 20 Prozent gehören Stadtteilarbeit und die Arbeit mit MigrantInnen in den Gelsenkirchener Stadtteilen Bismarck und Schalke-Nord untrennbar zusammen. Der interkulturelle Dialog ist daher ein wichtiger Bestandteil des Stadtteilbüros „JuliusB“. Es versteht sich als Motor zur Einbeziehung von benachteiligten Gruppen und Familien und unterstützt mit Hilfe von Moderation die soziale und kulturelle Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. 1996 wurde „JuliusB“ im Rahmen des NRW-Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ eingerichtet. Den Anstoß dazu gab das Jugendamt.

„Ein besonderer Erfolg unseres Stadtteilmanagements ist der Aufbau unseres Ladens in Schalke-Nord“, freut sich Martin Schabler, Mitarbeiter von JuliusB. Hier können Bewohnergruppen unterschiedlicher Herkunft, Stadtteilinitiativen und städtische Akteure in Kontakt treten. Dabei haben die MitarbeiterInnen von JuliusB eine vermittelnde Funktion: Sie beraten die Interessierten, bieten offene Sprechstunden an, führen ein Frühstückskaffee mit türkischen Frauen durch und organisieren eine Betreuung der Hausaufgaben. „Menschen kommen zu uns, denen etwas auf der Leber liegt“, berichtet Martin Schabler. „Auf der anderen Seite haben auch Stadtplaner und MitarbeiterInnen der städtischen Sozialdienste über uns Zugang zum Alltag der hier Wohnenden. Und damit einen Kontakt zu ihnen, der vorher völlig fehlte.“ Beispielsweise planten vor zwei Jahren BewohnerInnen mit einem Architekturbüro einen

Spielplatz. Im Herbst 2001 wurde der Spielplatz nun gemeinsam mit Kindern und Erwachsenen errichtet.

Des Weiteren bietet der Stadtteilladen eine wohnortnahe Sprachförderung an. Sie ist Teil des Projekts zur „Sprachförderung an Tageseinrichtungen für Kinder und an Grundschulen“ und wird ebenfalls durch das Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ finanziert. – Dieses Landesprogramm war der Vorläufer des nun bundesweiten Förderprogramms „Soziale Stadt“. – Die Regionale Arbeitsstelle zur schulischen Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher, das Jugendamt Gelsenkirchen, der Verein Ausländische Kinder und Mütter entwickelten die Sprachförderung gemeinsam mit den KindergärtnerInnen und LehrerInnen der Schulen. Wichtig war und ist ihnen, die Ausgrenzung von MigrantInnen zu überwinden und einen interkulturellen Austausch im Stadtteil zu ermöglichen. *„Viele der türkischen Kinder sprechen kaum ein Wort Deutsch, wenn sie zu uns kommen“*, beschreibt Barbara Schnabel, Leiterin der Tagesstätte in Rotthausen, die Situation.

Deshalb hat die Stadt im Jahr 2000 ein landesweites Modellprojekt zur interkulturellen Erziehung ins Leben gerufen: 14 türkische ErzieherInnen wurden eingestellt. *„Wir sind Brücken zwischen den türkischen Eltern und der Einrichtung, zwischen den türkischen Kindern und den Erzieherinnen“*, erläutert Meral Harkin, Erzieherin in der städtischen Kindertageseinrichtung „Auf der Hardt“. Lieder Bewegungs- und Rollenspiele bereiten die Kleinen schon frühzeitig auf eine multikulturelle Gesellschaft vor. *„Wir hatten Probleme, weil uns keiner übersetzen konnte, was türkische Kinder oder Eltern sagten“*, schildert die Erzieherin Christina Mutz ihre Erfahrungen vor Einführung der Sprachförderung. Auf Grund des inzwischen erzielten Erfolgs wurde das Sprachförderungskonzept auf alle Kindertageseinrichtungen in Gelsenkirchen, die einen Anteil von MigrantInnen von über 50 Prozent haben, übertragen.

Auch die Nachfrage nach dem neu aufgelegten Sprach- und Malheft „Gemeinsam spielen, sprechen, malen“ zeigt die Bedeutung der Sprachförderung in der MigrantInnen-Arbeit. Das vom Agenda-Arbeitskreis „Kinder und Jugendliche“ herausgegebene Heft vermittelt ausländischen Kindern anschaulich grundlegende Begriffe der deutschen Sprache. *„Eine (i)ebenswerte Zukunft kann nur von allen Menschen gemeinsam gestaltet werden“*, heißt es in der Einleitung. *„Deshalb müssen wir uns – trotz aller Unterschiedlichkeiten – verstehen.“* (<http://www.gebismarck.de/stadtteilbuero.htm>).

„Sich trotz aller Unterschiedlichkeiten verstehen können“, dieses Motto leitet auch über zu meinem letzten Projekt. Dafür bleiben wir im Ruhrgebiet und gehen, nicht weit von Gelsenkirchen entfernt, nach Castrop-Rauxel. Dort sollte mit der Zeche Ickern auch die Kohlenhalde geschlossen werden. Und was machten die dort lebenden Griechen und der evangelische Kirchenkreis? Sie bauten daraus ein Amphi-Theater und unterstützten russische Spätaussiedler und andere MigrantInnen. Also, um mit

der Leiterin des griechischen Kulturzentrums zu sprechen, bei diesem Projekt geht es auch um die Kunst, „gemeinsam etwas zu tun und einander zu achten“:

Interkulturell aktiv – die Griechische Gemeinde AGORA e.V.

Als „kleine Revolution“ wurde im vergangenen Jahr das bezeichnet, was bereits Mitte der achtziger Jahre seinen Anfang genommen hatte: Die Griechische Gemeinde Castrop-Rauxel e.V. und die „Fachstelle für Migration und interkulturelle Arbeit“ hatten gemeinsam mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Ickern ein ehemaliges Verwaltungsgebäude der Zeche saniert und damit den Grundstein für das „Kultur- und Bildungszentrum Zeche Ickern“ geschaffen.

Im Laufe der Jahre wurde das Zentrum zu einer öffentlichen Anlaufstelle und Begegnungsstätte für viele Menschen aus vielen Nationen. Es vermittelte und vermittelt auch heute noch Kurse für Deutsch und Mathematik, führt Mobilitäts- und Bewerbungstrainings durch, bietet PC-Kurse an und organisiert das Projekt „Jugend ans Netz“, um Jugendliche mit den neuesten Kommunikationstechnologien vertraut zu machen. Darüber hinaus wurden und werden Sprach- und Musikunterricht erteilt, Ballet- und therapeutische Kurse angeboten sowie Informationsveranstaltungen durchgeführt. *„Wir haben geschaut: Was ist an Bedarf da, und was benötigen die Menschen? Wir haben eine Insel geschaffen, auf der es möglich ist, gemeinsam etwas zu tun und einander zu achten. Das ist die kleinste Revolution, die wir bieten können“*, betonte die Leiterin des Zentrums, Lioba Schulte, bei der Entgegennahme des Robert-Jungk-Preises 2001.

Auch die stellvertretende Bürgermeisterin unterstrich die Bedeutung des Zentrums mit den Worten: *„Das Projekt ist ein wunderschönes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement und Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung.“* Gemeinsam mit kommunalen Ämtern, der Evangelischen Kirche und der katholischen Kolpingbildungsstätte baute die Griechische Gemeinde mit russischen Spätaussiedlern eine Kohlenhalde zu einem Amphi-Theater aus und errichtete ein Kultur-Café auf dem Gelände. Wichtig war ihnen, durch das gemeinsame Arbeiten die Integration der Spätaussiedler zu verbessern und an sie eigene Erfahrungen mit der Integration in die deutsche Gesellschaft weiterzugeben.

Verbessert wurde der Ausbau noch durch das Anlegen eines naturnahen Spielplatzes und eines Sinnesgartens für Kinder und durch die Anbindung der Anlage an das bestehende Fahrradnetz.

Durch den Ausbau des Zentrums konnten 20 schwer vermittelbare junge Arbeitslose ein Jahr lang qualifiziert und entlohnt und langfristige Arbeitsplätze für die Bewirtung der Gäste, für die Instandhaltung der Anlage und für Wartungsarbeiten geschaffen werden.

Alle Maßnahmen zusammengekommen bewirkten im Stadtteil ein verbessertes interkulturelles Verständnis und eine erhöhte Sensibilität gegenüber Fremden. Die Mobilisierung von Selbsthilfe wie auch die Stärkung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit sind weitere Pluspunkte der Arbeit des Zentrums. Außerdem sind Kooperationen auf lokaler und regionaler Ebene entstanden, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit der Kirchen und neue Kooperationen mit der Stadtverwaltung.

Grund und Motiv für dieses Werk erklärt Spyros Pappas, Vorsitzender der Griechischen Gemeinde, folgendermaßen: „Wir beschlossen, diese Maßnahmen durchzuführen, da wir die Kraft und den Wunsch hatten, uns gesell-

schaftspolitisch zu engagieren.“ (<http://www.castrop-rauxel.de/stadt/kbf/textagora.htm>).

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viel bleibt mir nicht mehr zu sagen, aber auf eines möchte ich gerne noch hinweisen: Hinter diesen Beispielen steht für mich die Einsicht, dass unsere Gesellschaft eigentlich reich ist – nämlich reich an Ihren Kulturen und Religionen, reich an Ihren Sprachen und Lebensgewohnheiten und reich an Ihrem Engagement und Ihren Lebenserfahrungen. Leider sehen das noch viel zu wenige so. Statt ängstlich und misstrauisch zu sein, sollten wir Sie mit offenen Armen empfangen und von Ihnen lernen. Ich glaube, wir würden nicht nur Sie, sondern auch die Welt besser verstehen!

In der an den Vortrag anschließenden Diskussion wurde festgestellt, dass auch in Hannover zukunftsweisende Beispiele vorhanden sind. Das große Interesse der TeilnehmerInnen am Workshop, zeigt aber auch, dass diese Beispiele noch zu wenig bekannt sind und vor allem sie selbst im Rahmen dieses Workshops daran mitwirken wollen, Hilfen für die Kooperation von MigrantInnen mit Verwaltung, Politik und anderen EinwohnerInnen Hannovers für die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung der lokalen Agenda 21 und Stadtentwicklung Hannovers zu erarbeiten.



Die Werkstatt

In drei Gruppen wurde im Anschluss ein Rollenspiel mit dem Ziel durchgeführt, herauszufinden, wie MigrantInnen auf ein Schreiben des Oberbürgermeisters zur Beteiligung reagieren würden. Dementsprechend wurden drei fiktive Anschreiben im Namen des Oberbürgermeisters an die drei Gruppen verteilt. Des Weiteren hatten die Teilnehmenden folgende Aufgaben zu bewältigen: Die Spielanleitung war durchzulesen. Jede Person übernahm die Rolle einer Person, die in Nordhorn, einem (nicht existierenden) Stadtteil Hannovers mit einem hohen Anteil an MigrantInnen, lebt. Jede/r gab sich einen Namen. Die BewohnerInnen Nordhorns hatten am Tag zuvor das oben erwähnte Schreiben der Stadt Hannover erhalten, das sie zu einem Informationsabend einlud. Die Schreiben hatten unterschiedliche Inhalte (vgl. Anhang). Drei unterschiedliche Vorhaben wurden beschrieben:

1. Platzgestaltung im fiktiven Stadtteil Nordhof mit Bürgerbeteiligung
2. Projektentwicklung und Arbeitsgruppengründung im Rahmen des Bund-Länderprogrammes Soziale Stadt/Stadtteil Nordhof
3. Initiierung einer lokalen Agenda 21 in Nordhof.

In den ersten dreißig Minuten spielten die Teilnehmenden folgende Situation:

Die Teilnehmenden jeder Gruppe trafen sich an je Beispiel unterschiedlich ausgewählten Ort und führten ein Gespräch darüber, wie sie diesen Beteiligungsauftrag und die vorgeschlagenen Schritte empfanden. Sie diskutierten

- was ihnen gefiel,
- was ihnen nicht gefiel und
- welche Vorschläge sie gemacht hätten.

Eine der Teilnehmenden je Gruppe hatte die Rolle einer/s Beobachters/in mit der Aufgabe, die Inhalte der Diskussion auf dem großen Plakat unter Beachtung folgender Aspekte mitzuschreiben:

- positive Bemerkungen
- negative Bemerkungen
- wie es schön wäre

Erst dann diskutierten die Teilnehmenden ihre Ergebnisse im Hinblick auf die Ziele des Tages.

1. Welche Beteiligungsmöglichkeiten wünschen wir uns?
2. Was sollen die Stadtverwaltung, PlanerInnen und anderen Ämter tun, damit wir uns beteiligen!
3. Welche Ratschläge an Politik und Verwaltung zur Umsetzung besserer Beteiligungsmöglichkeiten für MigrantInnen und Migranten geben wir?

Rollenspiel



AG Mira-Mara-Platz

Die AG Mira-Mara-Platz bewertet das Angebot, sich zu beteiligen und eigene Wünsche äußern zu können, grundsätzlich positiv. Allerdings hält sie das Mitteilungsblatt für unverständlich. Ein Mitteilungsblatt sei zudem nicht die geeignete Form, um MigrantInnen für eine Beteiligung zu gewinnen.



AG Soziale Stadt

Die Einladung zur Beteiligung ist für die AG Soziale Stadt mit Erstaunen und einer sehr positiven Reaktion verbunden. Die Mitglieder der AG fühlen sich direkt als BürgerInnen angesprochen und geschätzt und sind gerne zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch bereit.

Wie auch die AG Mira-Mara-Platz kritisiert die AG Soziale Stadt die Sprache und Ausdrucksweise des Briefes. Gleichzeitig herrscht Unverständnis darüber, wie und warum die Angeschriebenen beteiligt werden sollen. Die Teilnehmenden beklagen in diesem Zusammenhang ei-

nen geringen Informationsgehalt des Anschreibens und gehen auch davon aus, dass sein Verfasser ebenfalls wenig über sie und ihre Lebensumstände weiß. Dies löst z.T. Wut aus und führe dazu, dass man sich wie ein Versuchskaninchen fühlt, das therapiert werden solle.

Die Teilnehmenden wünschten sich die Möglichkeit für ein Treffen, bei dem sie die Inhalte selbst bestimmen können. Die Einladung zu einem solchen Treffen sollte ihrer Einschätzung nach in mehreren Sprachen verfasst werden.



AG Agenda 21

Die Einladung der Stadt löst bei den Mitgliedern der AG Agenda 21 widersprüchliche Reaktionen aus. Einerseits begreifen sie dies als ein Vorhaben im Sinne der Gleichberechtigung von MigrantInnen und reagieren mit Wohlwollen und Neugier. Andererseits haben sie auch Zweifel daran, ob sie wirklich Ernst genommen und beteiligt werden und ziehen in Erwägung, dass das Schreiben möglicherweise ein Scherz sein könnte. Darüber hinaus fühlen sie sich unsicher im Umgang mit der deutschen Sprache und fürchten Verständigungsschwierigkeiten.

Die AG Agenda 21 wünscht sich deshalb als unterstützende Maßnahmen die Einrichtung von MigrantInnen- oder BürgerInnenbüros, mehr Engagement in Vereinen, die Förderung von Projekten und ein breiteres Angebot an Sprachkursen.



**IM ANSCHLUSS DISKUTIERTEN DIE
TEILNEHMER UND TEILNEHMERINNEN
DIE FÜLLE VON ERGEBNISSEN DER ARBEITSGRUPPEN**

Diskussion

AG Mira-Mara-Platz

Im Hinblick auf die Beteiligungsmöglichkeiten äußerten die Teilnehmenden der AG Mira-Mara-Platz den Wunsch nach einem Bürgerforum und nach einer Arbeitsgemeinschaft, die sowohl aus Einheimischen als auch aus MigrantInnen möglichst vieler Generationen besteht. Es war ihnen wichtig, dass Arbeitsergebnisse und neue Ideen an einem „neutralen“ Ort, der für alle zugänglich ist, vorgestellt werden. Darüber hinaus waren sie der Ansicht, dass neben der Förderung dieser Arbeit, bei der auch Akteure aus dem Umfeld des Planungsraumes (z.B. Sportvereine) einbezogen und auch die Initiativen einzelner Personen unterstützt werden sollen.

Damit sich möglichst viele MigrantInnen an Planungsprozessen beteiligen, empfehlen die Teilnehmenden den PlanerInnen und der Stadtverwaltung, Gremien, wie die bereits erwähnten Bürgerforen, in diese Prozesse einzubeziehen und eine möglichst breite und kreative Form der Beteiligung zu ermöglichen. Außerdem halten sie Hinweise über Kontaktpersonen und Ansprechpartner bei der Stadtverwaltung für wichtig. Entsprechende Informationen und Mitteilungen sollten nach ihrer Auffassung in mehreren Sprachen verfasst werden.

AG Soziale Stadt

Die Mitglieder der AG Soziale Stadt wünschen sich mehr Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb der Verwaltung. Sie wünschen sich eine Stelle, die kontrolliert, dass die Posten innerhalb der Verwaltung auch mit interkulturellen Kräften besetzt werden. Dies geht mit einer Empfehlung an die Stadtverwaltung einher, dort mehr MigrantInnen und Menschen mit sprachlichen Kompetenzen zu beschäftigen. Eine weitere Empfehlung an die Verwaltung ist, für die derzeitigen Mitarbeiter mehr Fortbildungen zu organisieren und mehr Menschen auszubilden, die Kenntnisse in migrantInnenspezifischen Themen haben. Um MigrantInnen an Planungsprozessen zu beteiligen, sei es zudem für die Stadtverwaltung und für PlanerInnen wichtig, die vorhandenen Organisationen und die Institutionen der MigrantInnen besser miteinander zu vernetzen.

Die Gruppe rät den VertreterInnen von Politik und Verwaltung, keine Themen vorzugeben, sondern diese in Verfahren mit den Beteiligten zu entwickeln. Für die Teilnehmenden bedeutet Beteiligung auch ein politisches Mitspracherecht bei der Stadtteilentwicklung. In diesem Zusammenhang halten sie eine doppelte Staatsbürgerschaft für sinnvoll, z.B. um mehr Einfluss auf die Umsetzung von Ergebnissen von Beteiligungsprozessen nehmen zu können.

AG Agenda 21

Respekt, Akzeptanz, Toleranz (auch der MigrantInnen untereinander) und das Gefühl Ernst genommen zu werden schätzen die Teilnehmenden bei einer Beteiligung als besonders wichtig ein. Hinzu kommt der Wunsch nach Gleichberechtigung und nach Verfahren, die es ermöglichen Ängste abzubauen.

Um MigrantInnen für eine Beteiligung zu gewinnen, empfehlen sie sowohl den PlanerInnen als auch der Stadtverwaltung, nicht nur zu planen, sondern diese Pläne auch zu realisieren. Hierbei sei es von Bedeutung, die Multikulturalität der Stadt anzuerkennen und keine Ausgrenzung einzelner Gruppierungen vorzunehmen. Letzteres sei v.a. durch einen besseren Informationsfluss zu erreichen. Die Teilnehmenden empfehlen außerdem eine Vernetzung der Kulturvereine und die Einrichtung von MigrantInnenbüros oder Runden Tischen. Zudem sollte sich die Stadtverwaltung ihrer Meinung nach noch mehr öffnen.

Anliegen an Politik und Verwaltung sind der vorurteilsfreie Umgang mit MigrantInnen, mehr Toleranz und ein umfangreicheres Angebot an Sprachkursen.

Diskussion im Plenum und Empfehlungen

Nach der Diskussion der Arbeitsergebnisse innerhalb der drei Gruppen folgte eine sehr angeregte Diskussion im Plenum. In Laufe dieser Diskussion konnten wichtige Hinweise darüber gesammelt werden, was bei der Beteiligung von MigrantInnen wichtig ist. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie die Diskussionen machen es möglich, Empfehlungen für eine solche Beteiligung abzuleiten und festzuhalten.

Im folgenden Abschnitt sind die wichtigsten Ergebnisse dieser Diskussion des Plenums festgehalten. Sie spiegeln viele Inhalte und Aussagen der Gespräche in den Kleingruppen wider und enthalten

- Hinweise bezüglich der Kommunikation von und mit MigrantInnen,
- der Nutzung ihrer fachlichen Kapazitäten,
- für die strukturelle Gestaltung von Entscheidungs- und Beteiligungsprozessen,
- zur Unterstützung dieser Zielgruppe und
- für eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit.

Kommunikation mit MigrantInnen

Die Hinweise, die zu diesem Thema gegeben wurden, beziehen sich auf den Umgang mit den Themen Stadtentwicklung und lokale Agenda 21.

Wie bei der Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen bereits deutlich wurde, sind sich die Teilnehmenden einig, dass es bei der Kommunikation mit MigrantInnen wesentlich ist, zu berücksichtigen, dass nicht alle die gleiche Sprache sprechen. Für den Dialog wird zwar empfohlen, die deutsche Sprache, gewissermaßen als gemeinsamen Nenner, in den Vordergrund zu stellen. Dennoch sollte bei einer persönlichen Ansprache oder im Schriftverkehr eine Übersetzung gewährleistet sein. Grundsätzlich sei es von großer Bedeutung, den Dialog aller Gruppierungen zu fördern und dabei auch neue Kommunikationsformen wie z.B. MigrantInnenbüros in verschiedenen Stadtteilen zu wählen.

Die Teilnehmenden wünschen sich, das Beteiligungsangebot und Informationen seitens der Politik und der Verwaltung mit dem übereinstimmen, was am Ende der

Planungen herauskommt. Sie sind der Meinung, dass es zur Normalität gehören sollte, dass MigrantInnen Vorschläge machen, die Umsetzung begleiten oder selber übernehmen und dass die Ergebnisse der Planungen mit ihren Entwürfen übereinstimmen.

Vertrauensförderung bei Kooperation und Kommunikation zwischen Deutschen und MigrantInnen

Die Teilnehmenden nehmen eine Stimmung des Misstrauens zwischen Politik und MigrantInnen wahr. Dieses Gefühl bestehe auf beiden Seiten und es sei deshalb wichtig, besondere Formen der Kommunikation und Kooperation zu entwickeln und zu nutzen. Diese sollten den Menschen das Vertrauen geben, dass sie wirklich beteiligt werden. Darüber hinaus sei es notwendig, Respekt und Toleranz zu besitzen, zu zeigen und zu fördern. Gleichmaßen sei es wichtig, auch die gefühlsbetonten Aspekte anzusprechen und anzuerkennen. Dies schließe auch das Selbstverständnis von MigrantInnen mit ein.

Nutzung von fachlichen Kapazitäten der MigrantInnen

Im Rahmen der Plenumsdiskussion kam zum Ausdruck, dass sich die MigrantInnen gerne als selbstverständlicher Teil bestehender Mechanismen und Vorgänge des öffentlichen Lebens und innerhalb der Verwaltung integriert wissen möchten. Zudem möchten sie sich in diesem Bereich für alle BürgerInnen engagieren, nicht nur für die eigenen Landsleute. Ebenso ist es ihr Anliegen, zunächst sich selbst, z.B. bei der Arbeitsplatzsuche, helfen zu können und dann erst weitere Hilfe in Anspruch zu nehmen. Generell sei es von Bedeutung, weiter an ihrer, von ihnen als unzureichend eingeschätzten, Zukunftssicherung zu arbeiten.

Die Teilnehmenden stehen dem derzeitigen Umgang und der Anerkennung ihrer Potenziale und Fähigkeiten kritisch gegenüber. Dies entspreche häufig einer Verschwendung von Ressourcen. Sie schlagen vor, diese Potenziale und Fähigkeiten der MigrantInnen besser zu nutzen. Beispiele und Vorschläge hierzu sind die Besetzung eines Ehrenamtes, die Teilnahme und Gründung von Organisationen, die verstärkte Einbindung von MigrantInnen, die bereits in der Verwaltung arbeiten sowie übersetzerische Tätigkeiten von EinwanderInnen. Die MigrantInnen wollen sich dafür einsetzen, ihre Erfahrungen noch mehr vor allem in die Stadtteilarbeit einzubringen.

Transparente Strukturen für MigrantInnen in der Verwaltung, in Beteiligungsprozessen und anderen Bereichen

Viele Strukturen innerhalb der Verwaltung werden von den Teilnehmenden als nicht transparent genug eingeschätzt. Ebenso herrscht Unklarheit darüber, was seitens der Politik von den MigrantInnen erwartet wird. Deshalb wünschen sich die Teilnehmenden, dass Vertreter der Politik klar definieren, welche Rolle MigrantInnen ihrer Auffassung nach haben und dementsprechend seien auch Konzepte klar zu definieren.

Die MigrantInnen betrachten fördernde Maßnahmen wie Sprachkurse und Informationen über direkte Ansprechpartner als eine Möglichkeit, für Projekte und Kooperationen Transparenz zu schaffen. So würde Vieles überschaubarer.

Einbindung von MigrantInnen in Entscheidungsstrukturen

Für die Beteiligten stellt sich die Frage, wie MigrantInnen in der Stadtentwicklung augenblicklich wahrgenommen werden und wie mit kleinen Minderheiten umzugehen ist. Sie sind der Ansicht, dass MigrantInnen derzeit eine eher passive Haltung einnehmen, die sie zugunsten einer engagierten Position aufgeben sollten. Für sie ist es wichtig, Anteil an der Entscheidungsmacht zu haben und sich gleichberechtigt zu wissen. Sie halten dies aber ohne Wahlrecht und ohne eine offenere Haltung der Verwaltung gegenüber den Belangen der MigrantInnen für schwierig.

Deshalb raten die MigrantInnen dazu, ein Konzept für die Einwanderungsarbeit zu entwickeln, welches von den Betroffenen und von VertreterInnen der Politik gemeinsam umgesetzt werden sollte. Darüber hinaus bedeutet die Einrichtung und die Weiterentwicklung von integrierenden und politischen Instanzen für sie einen weiteren Schritt in die richtige Richtung. Gemeint sind Instanzen, die die Langfristigkeit bzw. die Umsetzung von einmal definierten Zielsetzungen gewährleisten oder auch Einrichtungen, die es MigrantInnen ermöglichen, ihre Standpunkte öffentlich zu machen.

Im Bezug auf den Ausländerbeirat, sind die Teilnehmenden der Ansicht, dass man dieses Gremium beibehalten, aber auch weiterentwickeln sollte. Hier sei beispielsweise über eine neue Konstellation und eine bessere Vernetzung mit dem Rat der Stadt nachzudenken. Ein anderer Vorschlag ist die Gestaltung des Ausländerbeirates als von der Verwaltung unabhängiges Gremium.

Die Teilnehmenden vertreten den Standpunkt, dass weitere Integrationsarbeit auch auf überregionaler Ebene zu leisten ist. Grundsätzlich bewegten sich MigrantInnen in einem Spannungsfeld zwischen Anpassung und Integration, welches sich oft in dem Gegensatz von praktischer Zusammenarbeit einzelner Menschen und der aktuellen politischen Wirklichkeit widerspiegeln.

Unterstützung und öffentlichkeitswirksame Darstellung von Aktivitäten von und für MigrantInnen

Die Teilnehmenden sind sich einig, dass MigrantInnen eine aktive Unterstützung zukommen sollte. In Hannover existierten bereits gute Projekte, die allerdings kaum wahrgenommen würden.

Unabhängig davon wäre es sinnvoll, die Beiträge der MigrantInnen im Rahmen der Agenda 21 zu berücksichtigen und als kommunalen Beitrag zu betrachten sowie gute Beispiele bekannt zu machen.

Fazit

Aus den bereits dargestellten Empfehlungen lassen sich konkrete Anforderungen ableiten und zusammenfassen, die bei der Beteiligung von MigrantInnen von Bedeutung sind. Sie richten sich zum einen an VertreterInnen der Politik und Verwaltung, zum anderen an PlanerInnen, die Agendaszene und die MigrantInnen selbst.

Abschlussblitzlicht und Ausblick

Am Ende der Veranstaltung teilten alle Beteiligten in einer kurzen Abschlussrunde mit, wie ihnen der Workshop gefallen hat und was sie davon mitnehmen werden.

In Anlehnung an die Beiträge der Abschlussrunde bleibt festzuhalten, dass Integration sowohl für die MigrantInnen als auch die deutsche Bevölkerung Arbeit bedeutet. Hervorgehoben wurde die Bedeutung der Mehrsprachigkeit, die ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der Integrationsarbeit ist.

Die Veranstaltung wird von den Beteiligten als ein Baustein für die Einschätzung der eigenen Rolle und der Agenda 21 betrachtet. Viele Beteiligte bekundeten die Bereitschaft, sich für die Umsetzung der von den Beteiligten formulierten Wünsche und Zielsetzungen zu en-

gagieren. In diesem Zusammenhang wurde nach konkreten Perspektiven und nach einem direkten Austausch mit Personen, die dazu beitragen können, gefragt.

Für die Veranstalterinnen wurde v.a. folgendes deutlich: der Wunsch der MigrantInnen nach mehr Transparenz und Ernsthaftigkeit und die wesentliche Bedeutung eines intensiveren Dialogs zwischen MigrantInnen, Politik und Verwaltung. Nun gilt es, die hier festgehaltenen Empfehlungen für die Beteiligung von MigrantInnen zur Verfügung zu stellen.

Eine/r der Teilnehmenden fasste es so zusammen: „Was im Kleinen gelingt, gelingt auch im Großen. Man muss nur aktiv sein.“

Arbeitsgruppe Platzgestaltung

Eine Mitteilung der Stadt Hannover an die Einwohnerinnen und Einwohner von Nordhof

**Sehr geehrte Bürgerinnen,
sehr geehrte Bürger von Nordhof!**

Wie Sie sicher wissen, ist es dringend notwendig, den Mira-Mara-Platz neu zu gestalten. In den vergangenen Jahren sind uns auffällig viele Beschwerden und Probleme in Verbindung mit diesem Platz bekannt geworden, von denen hier nur einige beispielhaft genannt werden sollen:

- Zerstörung von Platzeinrichtungen wie Bänken
- Verschmutzung
- Unerlaubte Parknutzung durch PKW's
- Angst, wegen schlechter Beleuchtung
- Abfallproblem
- Kein Platz für Kinder
- Und andere Probleme

Nun möchten wir mit Ihnen und anderen Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils gemeinsam überlegen,

1. Welche Probleme Sie mit dem Platz verbinden?
2. Welche Möglichkeiten der Neugestaltung Sie für den Mira-Mara-Platz vorschlagen würden?

Dazu findet ein erstes Treffen am 20. November im „Gasthaus zur Eiche“ von 20.00 Uhr bis 21.30 Uhr statt, zu dem sie herzlich eingeladen sind.

Und hier der weitere Fahrplan für die Umgestaltung des Mira-Mara-Platzes:

24. November (Sonntag)

Ortstermin: Mit ArchitektInnen und StadtplanerInnen wollen wir gemeinsam den Platz besichtigen und am Ort gemeinsame Probleme beschreiben und erste Ideen entwickeln

10. Dezember (Samstag)

Gemeinsame Gestaltungsaktion: Eltern, Kinder und Jugendliche sind herzlich eingeladen ins Haus der Jugend. Von 14:00 Uhr bis 18:30

Uhr wollen wir auf einer Grundlage den Platz am Modell neu gestalten.

2. Advent (Sonntag)

Vorstellung des Modells in der ev. Kirche – Lutherstraße um 12:00 Uhr. (Dort besteht die Möglichkeit Wünsche zu äußern, Kritik zu üben)

17. Dezember

Gründung Arbeitsgruppe „Platzgestaltung Mira-Mara-Platz“ zur konkreten Umsetzung der Ideen.

Januar 2002

Erarbeitung von zwei Vorschlägen durch Arbeitsgruppe „Platzgestaltung Mira-Mara-Platz“ und ein ExpertInnen-team. Diese werden von den Trägern öffentlicher Belange geprüft und notwendige Änderungen werden erkennbar eingearbeitet.

Ab März

Öffentliche Auslegung und Vorstellung der beiden Varianten entsprechend des üblichen Beteiligungsverfahrens. Kommentare und Einwände können auch dann noch aufgenommen werden.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Wir bitten Sie eindringlich, sich an dieser Platzgestaltung zu beteiligen, damit sich auch Ihre Wünsche und Vorstellungen auf dem Mira-Mara-Platz wiederfinden und Sie sich in Ihrem Stadtteil wohl fühlen.

Der Oberbürgermeister der Stadt Hannover und die Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes sowie die Mitarbeiter des Planungsbüros Mach-NEU verbleiben

mit freundlichen Grüßen
DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“

Eine Mitteilung der Stadt Hannover an die Einwohnerinnen und Einwohner von Nordhof

**Sehr geehrte Bürgerinnen,
sehr geehrte Bürger von Nordhof!**

Wie Sie sicher wissen, ist der Stadtteil Nordhof Fördergebiet des Bund-Länderprogrammes Soziale Stadt. Wir möchten im Rahmen dieses Programmes die Entwicklung des Stadtteils mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gemeinsam vorantreiben.

Ziel ist es, konkrete Projekte in den Bereichen

- Beschäftigung
- Bildung (Kindertagesstätten, Schule)
- Identifizierung mit dem Stadtteil
- Nachbarschaften und
- Gesundheit

zu entwickeln und im zweiten Schritt auch umzusetzen.

Dazu findet ein erstes Treffen am 22. November im „Nordhofer Kulturtreff“ von 20.00 Uhr bis 21.30 Uhr statt, zu dem sie herzlich eingeladen sind. Wir werden dort das Programm vorstellen, Fragen beantworten und schon erste Arbeitsgruppen zu o.g. Themen anbieten.

Der Erfolg der Entwicklung Ihres Stadtteiles hängt im wesentlichen von der aktiven Mitarbeit und Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner Nordhofes in den Arbeitsgruppen ab.

Die Arbeitsgruppen werden vom Stadtplanungsamt organisatorisch begleitet und inhaltlich beraten. Darüber hinaus stehen auch weitere Ämter, z.B. das Jugendamt, das Wohnungsamt oder das Referat für interkulturelle Angelegenheiten für Fragen und Hilfen zu Ihrer Verfügung.

Der weitere Fahrplan sieht wie folgt aus:

Am 8. Januar

sollen erste Zwischenergebnisse in einem großen Forum möglichst vielen Einwohnerinnen und Einwohnern des Stadtteils vorgestellt und diskutiert werden.

Anfang März

Präsentation der Ergebnisse und der konkreten Maßnahmevorschläge der Arbeitskreise, die zur Realisierung anstehen.

Mitte März

Konkrete Umsetzung der einzelnen ausgewählten Maßnahmen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Wir bitten Sie eindringlich, sich an der Entwicklung Nordhofes zu beteiligen, damit sich Ihre Wünsche und Vorstellungen zu konkreten Chancen in Nordhof umwandeln und Sie sich in Ihrem Stadtteil wohl fühlen.

Der Oberbürgermeister der Stadt Hannover und die Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes verbleiben

mit freundlichen Grüßen
DER OBERBÜRGERMEISTER

Arbeitsgruppe „lokale Agenda 21“

Eine Mitteilung der Stadt Hannover an die Einwohnerinnen und Einwohner von Nordhof

Sehr geehrte Bürgerinnen, sehr geehrte Bürger von Nordhof!

Wie Sie vielleicht schon in den vergangenen Jahren gehört haben, unternimmt die Stadt Hannover große Anstrengungen, um mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern gemeinsam über die zukünftige Entwicklung der Stadt im Rahmen der lokalen Agenda 21 zu diskutieren.

Die Agenda 21 ist eines von fünf Abschlussdokumenten der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. Agenda 21 heißt „Was zu tun ist“ im 21. Jahrhundert. Das Leitbild der Agenda 21 wurde aus einem Bericht mit dem Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“ von 1987 abgeleitet, das besagt:

„Eine nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen heutiger Generationen entspricht, ohne zu riskieren, dass die Bedürfnisse zukünftiger Generationen gefährdet werden. Diese Forderung gilt für alle Länder und Menschen.“

Nun möchten wir mit Ihnen gemeinsam überlegen:

Wie stellen Sie sich eine zukunftsfähige Entwicklung in Ihrem Stadtteil und in der Stadt Hannover vor?

Dazu findet am 20. November im „Gasthaus zur Eiche“ von 20.00 Uhr bis 21.30 Uhr ein Informationsabend statt, zu dem Sie herzlich eingeladen sind.

Und nach diesem Abend soll es wie folgt weiter gehen:

14. Dezember (Sonntag)

Aktion auf dem Marktplatz: Nordhoferinnen und Nordhofer treffen sich bei Spiel und Winterspass und zur

Wunschkartenaktion (Alle, die kommen, erhalten Kärtchen, die sie an den Weihnachtsbaum hängen können und auf die sie ihre Wünsche für die zukünftige Entwicklung Nordhofs und Hannovers schreiben sollen.)

20. Dezember (Samstag)

Öffentliche Bekanntgabe der Ergebnisse im Nordhofer Regionalteil der HAZ und

Einladung zur Gründung einer Arbeitsgruppe mit dem vorläufigen Arbeitstitel „Zukunftsfähiges Nordhof“. Diese Arbeitsgruppe wird von einem professionellen Büro bei ihrer Arbeit unterstützt. Sie soll bis Ende Juni folgende Aufgaben bewältigen:

- Erarbeitung von Vorschlägen und Ideen zur Entwicklung Nordhofs
- Entwicklung gemeinsamer Ideen, wie weitere Bevölkerungsgruppen in Nordhof angesprochen werden können und erste Schritte
- In Zusammenarbeit mit der Schule könnte z.B. ein Modell eines zukunftsfähigen Nordhofes erarbeitet werden, dass im Frühjahr ausgestellt wird.

Das weitere Vorgehen wird mit den Teilnehmenden der Arbeitsgruppe diskutiert.

Der Oberbürgermeister der Stadt Hannover und die Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes sowie die Mitarbeiter des Planungsbüros ZUKUNFT hoffen auf Ihre Teilnahme und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen
DER OBERBÜRGERMEISTER

Landeshauptstadt

Hannover

Der Oberbürgermeister
Referat für interkulturelle
Angelegenheiten
Agenda-21-Büro

Dienstgebäude Marktstraße 45 30159 Hannover
Telefon 0511 | **168** | **41233**
Fax 0511 | **168** | **46480**

Dienstgebäude Agenda 21-Büro
Prinzenstraße 4
Telefon 0511 | **168** | **45078**
Fax 0511 | **168** | **43689**

Redaktion Arzu Altuğ
Birgit Böhm

Gestaltung m.göke, Hannover
Druck Unidruck, Hannover

Stand | Oktober 2002